



Gemeinsamer Standpunkt

KLIMAPOLITIK IST SICHERHEITSPOLITIK

Warum Klimagerechtigkeit die Basis für menschliche Sicherheit ist

Die Klimakrise bedroht die menschliche Sicherheit. Sie gefährdet die natürlichen und sozioökonomischen Lebensgrundlagen, wie Wasser- und Ernährungssicherheit sowie Gesundheit in elementarer Weise. Zudem verschärft sie bestehende Konflikte und erhöht den Druck auf Gesellschaften und Staaten. Damit wird deutlich: Sicherheit lässt sich nicht allein militärisch denken. Erforderlich ist ein erweitertes Sicherheitsverständnis, das Prävention, Resilienz, Gerechtigkeit und den Schutz menschlicher Lebensgrundlagen in den Mittelpunkt stellt. Auch politisch gewinnt die Debatte über ein erweitertes Sicherheitsverständnis an Bedeutung. Die sicherheitspolitischen Folgen und Szenarien der Klimakrise werden jedoch bislang weder systematisch berücksichtigt noch kohärent in politische Maßnahmen übersetzt. Gemeinsam mit dem Verband Consortium of Christian Relief and Development Association (CCRDA), der über 500 äthiopische NGOs vertritt, zeigen wir, wie vorausschauende und gerechte Klimapolitik menschliche Sicherheit schafft – für die Menschen in unseren Partnerländern und in Deutschland. Die Beispiele aus Äthiopien veranschaulichen dabei Zusammenhänge, die sich auch in anderen klimavulnerablen Ländern zeigen.

KLIMAKRISE IN ÄTHIOPIEN

In Äthiopien zeigt sich exemplarisch, wie Klimarisiken Lebensgrundlagen gefährden und Konflikte verschärfen. Dürren, unregelmäßige Regenzeiten, Überschwemmungen und Erdbeben treffen auf Armut, Ernährungskrisen, Binnenvertreibung, fragile staatliche Strukturen und lokale Konfliktlinien. Besonders in pastoral geprägten Regionen wie Somali, Oromia, Afar und Borena zerstören ausgefallene Regenzeiten Weideflächen, Wasserstellen und Viehbestände. Wenn Herden früher, weiter oder in bislang nicht genutzte Gebiete ziehen müssen, steigt die Konkurrenz um Wasser und Weideland. Dürren, Erdbeben und Überschwemmungen haben in den vergangenen Jahren zudem vermehrt humanitäre Krisen ausgelöst, Lebensgrundlagen zerstört, Hunger und Gesundheitsrisiken verschärft und die Bewältigungskapazitäten der Bevölkerung geschwächt. Durch steigende Temperaturen, insbesondere höhere Nachttemperaturen, breitet sich Malaria auch in bislang kühleren Hochlandregionen aus. Zugleich führten Überschwemmungen zwischen 2023 und 2025 in mehreren Regionen zu verunreinigten Wasserstellen und zu schweren Ausbrüchen von Cholera sowie akuten Durchfallerkrankungen.

Die Klimakrise ist eine der größten Sicherheitsbedrohungen unserer Zeit

Die Klimakrise verschärft Ungleichheiten, Verwundbarkeiten und den Druck auf natürliche Ressourcen. Sie begünstigt Ernährungsunsicherheit, Vertreibung und humanitäre Krisen. Besonders gefährlich ist ihr Zusammenwirken mit Armut, Autokratisierung, fragiler Staatlichkeit, Gewaltkonflikten und geopolitischen Spannungen.

Diese Entwicklungen verdeutlichen, weshalb Sicherheit weder national verengt noch allein militärisch gedacht werden kann. Sicherheitspolitisches Handeln sollte sich am Schutz von Leben, Gesundheit, Wasser- und Ernährungssicherheit, sozialem Zusammenhalt und einem Leben in Würde orientieren. Die Klimakrise gefährdet diese Grundlagen und untergräbt damit Stabilität, staatliche Handlungsfähigkeit und die internationale Ordnung. Eine zukunftsfähige Sicherheitspolitik folgt daher dem Leitbild menschlicher Sicherheit: Freiheit von Furcht, Freiheit von Not und die Freiheit, in Würde zu leben. Klimagerechtigkeit ist dabei kein Gegensatz zu deutschen Sicherheitsinteressen, sondern eine ihrer Voraussetzungen. Denn Klimarisiken, die andernorts Lebensgrundlagen zerstören, Hunger verschärfen, Konflikte befeuern und staatliche Handlungsfähigkeit untergraben, wirken sich über humanitäre Bedarfe, Lieferketten, Preisentwicklungen, geopolitische Instabilität und Versorgungsunsicherheit auch auf Deutschland aus. Investitionen in Klimaschutz, Anpassung, den Umgang mit Verlusten und Schäden, Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe können eine Eskalation absehbarer Klimarisiken verhindern. Mittelkürzungen in diesen Bereichen gefährden Menschen und Lebensgrundlagen, verschieben die Risiken in die Zukunft, machen sie noch unkalkulierbarer und ihre Bewältigung teurer. Zudem schwächen sie

Deutschlands Glaubwürdigkeit und internationalen Gestaltungsspielraum. Eine vorausschauende, gerechte Klimapolitik schützt daher nicht nur besonders gefährdete Menschen, sondern stärkt auch Deutschlands eigene Resilienz und internationale Handlungsfähigkeit.

Prävention und Resilienz müssen zum Kern von Sicherheitspolitik werden

Die wirksamste und kostengünstigste Sicherheitspolitik setzt an, bevor eine Krise entsteht. Investitionen in Anpassung, Vorsorge, Resilienz und den Umgang mit Verlusten und Schäden schützen Lebensgrundlagen und stabilisieren Gesellschaften. Frühwarnsysteme, klimaresiliente Ernährungs-, Bildungs- und Gesundheitssysteme, soziale Sicherung, lokale Katastrophenvorsorge und konflikt-sensible klimapolitische Maßnahmen sind deshalb wesentliche Instrumente einer präventiven Sicherheitspolitik. Eine umfassende Vorsorge nimmt neben Extremwetterereignissen auch langsam fortschreitende Prozesse und mögliche Kippunkte im Klimasystem in den Blick und stärkt somit nachhaltige Klimaresilienz. Gleichzeitig gilt: Jedes vermiedene Zehntelgrad globaler Erwärmung mindert künftige Sicherheitsrisiken. Klimafinanzierung sowie Energie- und Klimapartnerschaften sind daher zentrale Bausteine einer vorausschauenden Sicherheitspolitik.

Frühwarnsysteme schaffen die Grundlage für antizipatives Handeln: Wenn Dürren, Starkregen, Ernteausfälle oder Krankheitsausbrüche absehbar sind, können eine frühzeitig verfügbare Finanzierung, soziale Sicherung, Gesundheitsvorsorge, Wasserversorgung und humanitäre Hilfe verhindern, dass sich Risiken zu akuten Krisen ausweiten.

FRÜHWARNSYSTEME

Das Beispiel Äthiopien zeigt: Frühwarnsysteme für vorausschauendes Handeln können menschliche Sicherheit stärken, wenn sie rechtzeitige Warnungen vor drohenden Gefahren – etwa Dürren, Fluten oder Erdbeben – mit konkreten Vorsorgemaßnahmen verbinden. Dazu gehören die Sicherstellung der Futter- und Wasserversorgung für Vieh, die Bereitstellung von Saatgut, mobile Gesundheitsversorgung sowie Evakuierungs- und Schutzpläne. Bargeldtransfers oder öffentliche Beschäftigungsprogramme können Haushalten kurzfristig helfen, klimabedingte Schocks wie Dürren oder Überschwemmungen besser zu bewältigen. So wird verhindert, dass Haushalte in Krisen ihr Vieh verkaufen, Kinder aus der Schule nehmen, Schulden aufnehmen oder migrieren müssen. Solche Bewältigungsstrategien verschärfen Armut und Verwundbarkeit und erhöhen Konfliktrisiken. Mittel- und langfristig sorgen universelle, inklusive soziale Sicherungssysteme für Resilienz und können verhindern, dass lokale Spannungen zu größeren Krisen und Konflikten eskalieren.

In fragilen Kontexten sollten Multi-Hazard-Frühwarnsysteme klima- und konfliktbezogene Informationen zusammenführen. Dürrewarnungen sind besonders relevant, wenn zugleich die Nahrungsmittelpreise steigen, Viehverluste zunehmen, sich Migrationsrouten verändern, die Spannungen um Wasserstellen wachsen, die lokale Gewalt zunimmt oder der humanitäre Zugang blockiert ist. So können Risiken für Hunger, Krankheit, Vertreibung und lokale Gewalt frühzeitig erkannt und gezielte Präventionsmaßnahmen eingeleitet werden. Zentral ist, die Kapazitäten zur Risikobewältigung in den betroffenen Gemeinden zu erhöhen, damit sie lokale Risiken selbst identifizieren und Schutzmaßnahmen mitgestalten und umsetzen können. Community-basierte Katastrophenvorsorge stärkt die soziale Kohäsion und die Legitimität lokaler Governance, indem sie marginalisierte Gruppen einbezieht und das Risiko von Konflikten um Hilfeleistungen mindert.

Klimaresiliente Ernährungssysteme verbinden Klimaanpassung, Klimaschutz und menschliche Sicherheit. Sie stärken das Recht auf Nahrung, sichern Einkommen und lokale Versorgung und verringern die Verwundbarkeit gegenüber Dürren, Starkregen und Ernteausfällen. Dafür braucht es integrierte Ansätze, die Wasser- und Ernährungssicherheit, Bodenschutz, Biodiversität, Geschlechtergerechtigkeit und lokale Teilhabe zusammendenken. Vielfältige Anbausysteme, Bodenschutz, nachhaltiges Wasser- und Weidemanagement sowie die Wiederherstellung degradierter Flächen stärken Ökosysteme, fördern die Bodenregenerierung sowie Wasserspeicherung

und mindern Emissionen. Entscheidend ist, dass Klimaschutz die lokale Nahrungsmittelproduktion nicht verdrängt, sondern Ernährungssouveränität, kleinbäuerliche Strukturen und regionale Wertschöpfung stärkt.

Gerechtigkeit macht Sicherheit wirksam und tragfähig

Eine international glaubwürdige Klimasicherheits- und Außenpolitik basiert auf Gerechtigkeit, Solidarität, dem Prinzip der gemeinsamen, aber unterschiedlichen Verantwortlichkeiten und dem

KLIMARESILIENTE ERNÄHRUNGSSYSTEME

In Ländern wie Äthiopien, wo 85 Prozent der Bevölkerung von regenabhängiger Landwirtschaft und Viehhaltung lebt, können klimaresiliente Ernährungssysteme Existenzen sichern: etwa durch dürreresistente und frühreifende Sorten, nachhaltige Wasserbewirtschaftung, Wiederherstellung degradierter Flächen, klimaangepasste Viehhaltung, Tierversicherungen sowie bessere Lagerung und Marktzugänge.

Verursacherprinzip. Sie erkennt historische Verantwortung ebenso an wie unterschiedliche Betroffenheiten und Handlungsräume. Damit schafft sie die Voraussetzung für wirksames und legitimes Handeln. Gerechtigkeit trägt dazu bei, klimabedingte Risiken frühzeitig zu mindern, Konflikten vorzubeugen und die Stabilität von Gesellschaften langfristig zu stärken. Aus entwicklungspolitischer Sicht bilden Resilienz, Anpassung sowie der Umgang mit Verlusten und Schäden zentrale Bausteine einer vorausschauenden Sicherheitsstrategie. Eine konflikt sensible, friedensfördernde und kontextspezifische Ausgestaltung erhöht dabei die Wirksamkeit und Tragfähigkeit der Maßnahmen.

Für Deutschland ist Klimagerechtigkeit auch eine Frage strategischer Verlässlichkeit. Internationale Kooperation, eine regelbasierte Ordnung und wirksame Partnerschaften mit klimavulnerablen Ländern setzen Vertrauen voraus. Wenn Zusagen zu Klimafinanzierung, Anpassung sowie zum Umgang mit Verlusten und Schäden nicht eingelöst werden, schwächt dies Deutschlands Partnerschaften, Glaubwürdigkeit und Handlungsräume. Eine gerechte Klimasicherheitsstrategie stärkt

deshalb nicht nur besonders betroffene Menschen, sondern auch Deutschlands außen-, sicherheits- und entwicklungspolitische Wirksamkeit.

Gerechte Energietransformation als Sicherheitsdividende

Fossile Energien sind ein Sicherheitsrisiko. Sie verschärfen geopolitische Rivalitäten, schaffen Abhängigkeiten von krisenanfälligen Lieferketten und machen Energieversorgung zu einem strategischen Druckmittel. Steigende Preise für Öl und Gas treffen besonders vulnerable Länder und Menschen: Sie verteuern Transport, Landwirtschaft, Lebensmittel, den Betrieb von Wasserpumpen und Kühlketten sowie die Gesundheitsversorgung. Der beschleunigte Ausstieg aus fossilen Energien, höhere Energieeffizienz und resiliente, dezentrale und erneuerbare Energiesysteme können Abhängigkeiten verringern und die Versorgungssicherheit stärken. Darin liegt die Sicherheitsdividende der Energietransformation: Sie reduziert geopolitische Verwundbarkeiten, stärkt die Resilienz von Gesellschaften und kann zugleich den Zugang zu nachhaltiger, verlässlicher und bezahlbarer Energie verbessern. Besonders groß ist dieses Potenzial, wenn die Transformation sozial gerecht und partnerschaftlich gestaltet wird. Dazu gehören ein verbesserter Zugang zu Energie, die Verringerung von Energiearmut, die Förderung lokaler Wertschöpfung und Beschäftigung, gesellschaftliche Teilhabe, der Schutz der Menschenrechte und die Vermeidung neuer Ungleichheiten. Internationale Energiekooperationen sollten daher partnerschaftlich ausgerichtet sein, lokale Souveränität stärken und soziale, menschenrechtliche sowie entwicklungspolitische Ziele verbindlich berücksichtigen. Gleichzeitig ist sicherzustellen, dass durch die Transformation keine neuen geopolitischen Abhängigkeiten sowie Umwelt- oder Menschenrechtsrisiken entlang globaler Lieferketten geschaffen werden.

Betroffene systematisch in Klimasicherheits- und Außenpolitik einbeziehen

Die systematische Einbeziehung der Perspektiven betroffener Bevölkerungsgruppen trägt dazu bei, Prioritätensetzung, Vorsorge, Anpassung und die internationale Zusammenarbeit wirksamer und gerechter zu gestalten.

Die Einbeziehung der betroffenen Bevölkerung und insbesondere marginalisierter Gruppen muss daher verbindlich in Projektplanung, Risikoanalysen, Monitoring, Beschwerdemechanismen und Mittelvergabe verankert werden. Partizipative Ansätze, die Stärkung lokaler Akteur_innen und eine bedarfsorientierte Ausgestaltung von Maßnahmen erhöhen nicht nur die Legitimität von Klimaschutz- und Anpassungsmaßnahmen, sondern auch ihre Wirksamkeit und Nachhaltigkeit. Sie dürfen bestehende gesellschaftliche Konflikte nicht verschärfen oder neue Ungleichheiten erzeugen. Frühzeitige und konfliktsensible Planung, menschenrechtliche Risikoanalysen und verbindliche Schutzstandards bilden dafür eine wichtige Grundlage.

LOKALE STRATEGIEN

Für pastorale Gemeinschaften in Äthiopien ist neben Infrastruktur, sozialer Sicherung und Gesundheitsversorgung auch beispielsweise die Anerkennung von Mobilität als Anpassungsstrategie entscheidend. Maßnahmen zur Klimaanpassung können nur Wirksamkeit entfalten und friedensfördernd wirken, wenn Dimensionen wie Weiderouten, grenzüberschreitende Bewegungen und lokale Vermittlungsmechanismen berücksichtigt werden. Zudem trägt das lokale Wissen der Pastoralist_innen dazu bei, Veränderungen von Weideflächen, Wasserverfügbarkeit, Tiergesundheit und Konfliktdynamiken frühzeitig zu erkennen, Risiken zu bewerten und Anpassungsmaßnahmen nachhaltig und konfliktsensibel zu gestalten. Weiterhin ist es wichtig, unterschiedliche Verwundbarkeiten zu berücksichtigen. Frauen und Kinder sind häufig besonders von Klimaschocks betroffen, da sie in ländlichen Regionen Äthiopiens vielfach für die Wasser- und Brennholzversorgung, die Betreuung von Kindern sowie die Versorgung des Viehs verantwortlich sind. Trocknen infolge wiederkehrender Dürren Wasserstellen aus oder werden Wälder durch Brände geschädigt, verlängern sich die Wege und der Zeitaufwand erheblich. Dadurch bleibt weniger Zeit für Kinderbetreuung, Bildung und andere Aufgaben, während zugleich gesundheitliche und wirtschaftliche Belastungen zunehmen.

Herausgeber: Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe deutscher Nichtregierungsorganisationen e. V. (VENRO), Stresemannstraße 72, 10963 Berlin, Telefon: 030/2 63 92 99-10 E-Mail: sekretariat@venro.org, Redaktion: Sophie Knabner; Berlin, 1. September 2026

Diese Publikation wurde im Rahmen des VENRO-Projekts „Countdown 2030 – Globale Ziele brauchen Zivilgesellschaft“ in Zusammenarbeit mit ABONG, CCRDA und VANI entwickelt. Das Projekt wird von ENGAGEMENT GLOBAL mit Mitteln des BMZ gefördert.

Mit Mitteln des



Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung